

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **47 (1967-1968)**

Heft 8

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

JOHNSON IN BEDRÄNGNIS

Der *Vietnamkonflikt* wächst sich immer stärker zu einer Gefahr aus, die die Vereinigten Staaten in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Lager zu spalten droht. Johnsons Kurs stößt auf wachsenden Widerstand sowohl in der Öffentlichkeit wie im Parlament. Im Repräsentantenhaus haben am 13. Oktober dreißig Abgeordnete einen Appell auf Einstellung der Bombardierung Nordvietnams lanciert. Eine Woche später marschierten vor dem Pentagon Zehntausende von Demonstranten auf, die gegen die Politik der Administration in Südostasien protestierten. Sie folgten damit einem auch in zahlreichen andern Ländern befolgten Appell linksgerichteter Kreise, Kundgebungen zugunsten des Vietcong und eines einseitigen Abbruches des Kampfes in Vietnam zu veranstalten. Das weltweite Echo, das dieser Aufruf fand, deutet auf eine zentral gelenkte Regie hin, die schlecht in das Bild der sogenannten Entspannung passen will.

Anwachsen der Opposition der «Tauben»

Man braucht diese Demonstrationen in den Vereinigten Staaten nicht zu überwerten, aber sie sind zweifellos der Ausdruck eines mehr und mehr um sich greifenden Malaise, von dem Kongreß und Bevölkerung erfaßt wurden. Der sich lang hinziehende Krieg, der ohne greifbare Erfolge geführt wird, verdichtet den Eindruck, daß die Supermacht USA nicht in der Lage ist, mit einem kleinen Gegner fertig zu werden, der sich im Dschungel zäh und geschickt verteidigt. Immer mehr greift der Krieg ins tägliche Leben des amerikanischen Bürgers ein; immer weitere Familien werden von der Entsendung junger Soldaten nach Vietnam betroffen, und die angekündigten *Steuererhöhungen* zeigen an, daß die Vereinigten Staaten neue Kraftanstrengungen

einleiten müssen, um den Kampf zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen.

Angesichts solcher Überlegungen ist es nicht erstaunlich, daß die Gruppe der «Tauben», die eine Milderung der Konfrontation mit dem Vietcong und Nordvietnam befürwortet, neuen Zulauf erhält. Bereits ist der Einbruch in das sonst traditionelle kommunistenfeindliche Lager der *Republikaner* gelungen: unter den dreißig Repräsentanten, die sich gegen den Bombenkrieg wandten, befinden sich auch drei Angehörige der Grand Old Party.

Die Motive der Gegner von Johnsons Vietnampolitik sind dabei kaum auf einen Nenner zu bringen. Immer deutlicher dringt jedoch die Auffassung durch, daß den Bombardierungen Nordvietnams keine kriegsentscheidende Bedeutung zukomme. Selbst Verteidigungsminister *McNamara* hat mehrmals den Luftangriffen nur eine sekundäre Rolle zugeschrieben und sich deshalb gegen eine Ausweitung dieser Operationen gewandt. Die «Tauben» betrachteten das als Wasser auf ihre Mühle und verlangten deshalb eine Einstellung dieser offensichtlich nebensächlichen Kampfhandlungen, die Amerika materiell wie prestigemäßig schwer belasten. Es schien nur logisch, auf die Luftoperationen zu verzichten, wenn der Gegner dies als Voraussetzung zu Friedensgesprächen verlangte und andererseits die Nützlichkeit der Angriffe zumindest fragwürdig war. Die Gegner Johnsons sind der Meinung, Amerika könne sich aus seiner starken Position heraus eine solche Pause in den Luftangriffen leisten, ohne das Gesicht zu verlieren.

Gegenaktionen der Regierung

Die Administration hat dieser verstärkten Kritik an ihrer Politik sofort mit einer energischen Gegenaktion geantwortet. Sie be-

fand sich dabei in einer sicheren Stellung, da sie auf ihre mehrfach bekundete Bereitschaft zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen erinnern konnte. Von Hanoi war auf solche Propositionen stets nur ein eindeutiges *Nein* zu vernehmen gewesen.

Am 29. September ging Präsident Johnson in seiner Rede in der texanischen Stadt *San Antonio* noch einen Schritt weiter. Er kündigte an, die Vereinigten Staaten seien zur Einstellung der Bombardierung Nordvietnams bereit, wenn sie annehmen könnten, der Gegner werde einen solchen Entschluß nicht zu einer Verstärkung der eigenen Position ausnützen. Das war eindeutig eine *neue Nuance*, ein Zugeständnis, das den Forderungen Nordvietnams und des Vietcong weit entgegenkam. Aus Hanoi erfolgte jedoch bisher auf dieses Angebot kein «Signal», das auf eine Aufweichung der harten Haltung hingedeutet hätte. Und so ging der Bombenkrieg weiter, und die Angriffe wurden sukzessive auf weitere Ziele in der Umgebung *Hanois* und der Hafenstadt *Haiphong* ausgedehnt.

Gelbe Gefahr?

Die Welle der Kritik an Johnsons Politik ist nicht zuletzt durch die Veränderung der Situation in China verstärkt und gesteigert worden. Je mehr das Reich Mao Tse-tungs in das *Chaos der Kulturrevolution* versank, um so unglaublicher und problematischer schienen die Behauptungen von der Bedrohung Südostasiens durch den Expansionsdrang Pekings. Staatssekretär *Rusk* hat in einer Rede vom 12. Oktober dieses Thema aufgegriffen und erneut die These von der Notwendigkeit einer Eindämmung Chinas verfochten. Er hat gleichzeitig daran erinnert, daß Amerika den Krieg mit begrenzten Mitteln führe und sein Ziel nach wie vor die Schaffung einer *stabilen Friedensordnung* in Asien sei.

Rusks Argumentation ist auf starken Widerstand gestoßen. Die von ihm heraufbeschworene «gelbe Gefahr» wurde als Phantom bezeichnet, und der von der Re-

gierung vertretene Standpunkt, daß China nicht nur eine potentielle, sondern auch eine aktuelle Bedrohung sei, unter den Tisch gewischt. Das mag bis zu einem gewissen Grade stimmen. China betreibt zwar in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine geräuschvolle *propagandistische Offensive*, die jedoch kaum darüber hinwegtäuschen kann, daß Peking tatsächlich mehr *Rückschläge* als Erfolge zu verzeichnen hat. Am eindrucklichsten dafür ist die Entwicklung in *Indonesien*, das im Oktober 1965 die chinesische Bedrohung abgewehrt hat und seitdem dem Einfluß Pekings entglitten ist. Aber wäre diese Entwicklung in den gleichen Bahnen verlaufen ohne das amerikanische Engagement in Vietnam? Es ist schwierig, diese Frage schlüssig zu beantworten; bestimmt hat der Einsatz der USA in Vietnam den Zusammenbruch des westlichen Sicherheitssystems in Südostasien verhindert.

Im Schatten von 1968

Für Johnson steht in Vietnam schließlich sein eigenes Amt auf dem Spiel. Er hat 1964 den Wahlkampf gegen den republikanischen Kandidaten *Barry Goldwater* vor allem in der Auseinandersetzung mit dessen extremistischen Auffassungen über eine Weiterführung des Konfliktes in Vietnam gewonnen. Was in der damaligen Kampagne kaum zum Ausdruck kam, war die Notwendigkeit für die Administration, ihren *Verpflichtungen* in Südostasien nachzukommen. Johnson hat diese Verpflichtungen, die ihm sein Vorgänger Kennedy hinterlassen hat, übernommen und eingelöst. Nun steht er vor der Aufgabe, einen immer unpopulärer werdenden Krieg vor der Öffentlichkeit zu vertreten und um die Zustimmung der Nation zu seinem Kurs zu werben. Aber selbst ein Wechsel im Weißen Haus würde die Vereinigten Staaten nicht aus ihren Bindungen in Vietnam entlassen. Eine *Alternative*, die für die USA akzeptabel wäre, ist angesichts der Intransigenz Hanois im Augenblick nicht sichtbar.

Grenzen der Entspannung

Es ist ein deutliches Symptom für die Fragwürdigkeit der sogenannten Entspannung, daß trotz der Annäherung der beiden Supermächte in zahlreichen Fragen peripheren Interesses der Krieg in Vietnam weitergeht. Das Andauern des Konfliktes läßt erkennen, daß dieser *Détente* durch die natürlichen machtpolitischen Gegensätze Grenzen gesetzt sind. Das zeigt sich vor allem auch in Europa, wo die Bemühungen der Bundesregierung in Bonn um eine Annäherung an die *osteuropäischen Staaten* nicht vom Flecke kommen, sondern im Gegenteil auf der andern Seite nur ein Hin-aufschrauben der Forderungen ausgelöst haben. Das *Manövrierfeld* zwischen den beiden Blöcken, das zweifellos in den letzten Jahren größer geworden ist und sich möglicherweise später noch erweitert, ist gegenwärtig noch sehr eng begrenzt.

Anerkennung der DDR?

Am deutlichsten manifestierte sich das in dem Versuch Bundeskanzler *Kiesingers*, mit den Machthabern in Pankow in Kontakt zu kommen. Es war zweifellos eines der schwierigsten Unternehmen der deutschen Politik, hier die harten Fronten aufweichen zu wollen. Am guten Willen der Bundesregierung hat es nicht gefehlt. *Kiesinger* begann seinen Briefwechsel mit dem ostdeutschen Ministerpräsidenten *Stoph*; zum ersten Male wurden Schreiben aus Pankow in Bonn nicht zurückgewiesen, sondern beantwortet. Die Reaktion aus Ostberlin war freilich entmutigend: Nach wochenlangem Warten kam endlich eine Antwort, die durch ihre unerfüllbaren Forderungen wie ihren aggressiven Ton die Hoffnungen auf jede Annäherung im Keime erstickte.

Die Folgen dieser Haltung waren ebenso überraschend wie bedenklich für die Bundesrepublik. Es mehrten sich in Westdeutschland die Stimmen, die bereit waren, auch auf diese neue Drehung der Schraube positiv zu reagieren und der Gegenseite zu folgen, nur um den Kontakt nicht zu ver-

lieren. Das Ergebnis einer solchen nachgiebigen Einstellung läßt sich schon heute unschwer voraussehen. Die Position der Bundesrepublik gerät mehr und mehr ins Gleiten, und sie endet schließlich dort, wo die DDR und Moskau sie haben wollen — bei der Anerkennung der DDR und damit der rechtlichen Sanktionierung der Teilung Deutschlands.

Kiesinger hat dieser Gefahr vorzubeugen versucht und sich vehement gegen das Treiben einer nicht näher definierten «Anerkennungspartei» gewandt. Er hat dabei — zweifellos in guter Absicht — doch einen verhängnisvollen *lapsus linguae* begangen, der Assoziationen an die Agitation um die «Erfüllungspolitik» der Weimarer Zeit hervorrief. Den Vorwürfen folgte wie üblich in solchen Fällen das abschwächende Dementi. Es ist jedoch keineswegs dazu angehtan, alle Bedenken zu zerstreuen, die sich angesichts der Entwicklung der deutschen Ostpolitik erheben. Diese hat, obwohl mit großem Eifer von der Regierung der christlichdemokratisch-sozialistischen Koalition angekündigt und vorangetrieben, bisher nur *mäßige Erfolge* gebracht. Als einziges Positivum steht die schon in der Ära Erhard vorbereitete Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu *Rumänien* da. Alle übrigen Vorstöße Bonns sind, wie in Prag, über einige rudimentäre Anfänge nicht hinausgekommen. Das ist, selbst wenn man die Schwierigkeit der hier in Angriff genommenen Aufgabe in Rechnung stellt, nicht allzuviel.

Bilanz der Ostpolitik Bonns

Die seit einem Jahr betriebene Ostpolitik der Bundesregierung droht vieles in Frage zu stellen, was die Bundesrepublik bisher als unverrückbares Axiom ihrer Politik betrachtet hat. Die heute gewiß notwendige flexiblere Haltung, die den der Dulles-Zeit angepaßten starren Kurs abgelöst hat, läuft Gefahr, ins *gegenteilige Extrem* umzuschlagen und damit der andern Seite wichtige Trümpfe in die Hand zu geben. Zwar war es zunächst gelungen, *Ulbricht* in die Defensive zu treiben und ihm einige seiner Ar-

gumente zu entwinden. Aber unter der Regie Moskaus haben sich die meisten der osteuropäischen Staaten darauf rasch zu einer Front der Solidarität gegen Bonn zusammengefunden und ein System der Freundschaftspakte mit der DDR geschlossen. Aus dieser Position heraus glaubt Ostberlin nun die Bundesrepublik einschnüren und zum Einlenken auf einen seine Schritt für Schritt gesteigerten Forderungen anerkennenden Kurs zwingen zu können. Ob am Ende dieser Entwicklung nur die Anerkennung der DDR als eines souveränen

Staates oder mehr steht, ist heute noch nicht abzusehen. Es wird zweifellos vieler Umsicht und subtiler Diplomatie Bonns bedürfen, um ein Abgleiten in einen gefährlichen Strudel zu vermeiden, der die Fundamente einer zwanzigjährigen Politik zu unterspülen im Begriffe ist, die zwar nicht frei von Fehlern und Irrtümern war, aber schließlich doch einen einigermaßen stabilen, auf demokratischen Grundsätzen beruhenden deutschen Staat geschaffen hat.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Wahlherbst

Beim Erscheinen dieser Zeilen werden die Würfel gefallen, manche Hoffnungen erfüllt oder geknickt, Prognosen bestätigt oder desavouiert sein: Ein wesentlich verändertes und verjüngtes eidgenössisches Parlament wird sich darauf vorbereiten, im kommenden Dezember eine neue Legislaturperiode mit alten und neuen Problemen von großer Tragweite in Angriff zu nehmen. Es wird ein Wahlkampf sein Ende gefunden haben, der bemerkenswerte und auch merkwürdige Züge aufgewiesen hat.

Die Ausgangslage deutete auf einen Großkampf hin. Frühjahrswahlen in einzelnen Kantonen waren zu eigentlichen Testwahlen mit teilweise aufsehenerregendem Ausgang geworden. Dabei zeigte es sich, daß mit der Parole «Opposition gegen die Regierungsparteien» verhältnismäßig große Erfolge erreicht werden konnten. Fast überall im Lande standen die Wahlvorbereitungen seither im Zeichen der Frage: Wird diese «Wahlmasche», wie sie vor allem der Landesring der Unabhängigen mit großem Geschick pflegte, auch bei den Nationalratswahlen verfangen? Und wenn ja: Welche traditionellen Parteien werden es vor allem sein, die die Zeche zu bezahlen haben werden?

Politik als Konsumgut

Der Wahlkampf wurde von den meisten Parteien mit entsprechender Umsicht vorbereitet. Die Regierungsparteien bemühten sich durchwegs um die Formulierung umfassender Plattformen. Wie kaum je zuvor wurden auch alle Register moderner Werbetechnik gezogen. Verschiedenartige «Gags» wurden versucht, um das Interesse der Wähler auf sich zu ziehen. Trotz allem aber kam im Grunde wenig eigentliche Kampfstimmung auf. Man steht unter dem Eindruck, daß die Zeit der wahlpolitischen Großkämpfe mit zum Brodeln gebrachten Volksseelen endgültig vorbei ist. Wir stehen auch in der Politik im Zeitalter des Konsumenten. Das Interesse des Bürgers an öffentlichen Dingen mag weiterhin intakt sein. Aber er verfolgt sie als Fernseh-, Radio- und Zeitungskonsument und damit eher passiv als aktiv.

Das macht es schwerer als früher, sich vom Verlauf eines Wahlkampfes ein realistisches Bild zu machen. Dies umso mehr, als die Parteien sich auf diese Konsumenthaltung vor allem dadurch einstellen, daß sie weniger kämpfen als vielmehr anpreisen. Sie suchen sich zu «verkaufen», ähnlich dem Anbieten eines kommerziellen Produkts. Wie man beim Konsumenten «an-

gekommen» ist, kann sich dabei naturgemäß erst am Wahltag schlüssig zeigen. Bei der diesjährigen Ausmarchung kam weiter dazu, daß die meisten Parteien abwarteten, was der wahrscheinliche «Angreifer» unternehmen werde. Der Landesring seinerseits zögerte den Hauptschlag seiner Propaganda offensichtlich so weit als möglich hinaus, um den Gegnern nicht zuviel Zeit zur Gegenattacke zu lassen. Auf diese Weise kam zusätzlich ein Element ausgeprägter Verhaltenheit in den Wahlkampf, das diesen auf solche Weise ausgesprochen lau erscheinen ließ.

Symptomatisch

Einen einigermaßen dramatischen Akzent allerdings haben die Wahlvorbereitungen wenigstens durch die Ständeratswahlen im Kanton Zürich erhalten. Schon der überraschende Rücktritt des sozialdemokratischen Standesherrn Dr. E. Zellweger war mit viel Nebengeräusch verbunden, da der angesehene Parlamentarier kein Hehl daraus machte, daß sein Rückzug aus der Politik mit den für einen Angehörigen der freien Berufe kaum noch zumutbaren materiellen Bedingungen für eidgenössische Repräsentanten in Zusammenhang stehe. Er rechnete der Öffentlichkeit vor, daß er einen beträchtlichen Teil des Jahres für die Erfüllung seines Mandats bei einem Stundenlohn von einem Franken — man muß schon sagen: — geopfert habe.

Geradezu spektakulär ging es dann bekanntlich bei der Vorbereitung einer neuen sozialdemokratischen Kandidatur zu. Nach langem Suchen und Seilziehen schien schließlich der sozialistische Parteipräsident die «Präliminarwahlen» zu gewinnen. Doch wurde er danach offenbar intern von der Hoffnungslosigkeit eines Wettbewerbs mit dem zügigen freisinnigen Gegenkandidaten überzeugt und gab den Platz frei für das «Experiment Bigler». Der Chefredaktor der «Weltwoche», ein Publizist, der sich selbst als linksliberal bezeichnet und einen geradezu meteorhaften Aufstieg am schweizerischen Pressehimmel hinter sich hat, war

anscheinend des Glaubens, eine breite Basis mit Einschluß des Landesrings und der kleinen bürgerlichen Parteien zu finden. Stattdessen wurde er postwendend auf seiner Option für die Linke behaftet, wobei auch in manchen Kreisen der Linken selbst die Begeisterung für einen Kandidaten, der in seinem ganzen Habitus alles andere denn ein prädestinierter Arbeitervertreter ist, bemerkenswert gering schien.

Der Fortgang des Abenteuers ist bekannt: Nach wenigen Tagen brach Dr. Bigler das Experiment enttäuscht ab. Und weder er noch die Sozialdemokratische Partei hatten für den Spott zu sorgen. Bezeichnenderweise war die Kritik am Verhalten des Chefredaktors der «Weltwoche» in jenen Kreisen am härtesten, die ihm von Hause aus am nächsten stehen: bei den sogenannten «Nonkonformisten». Begreiflich, denn es mußte gerade für seine publizistischen Gefährten ein harter Schlag sein, einen der ihren schon beim ersten rauen Windstoß die Segel streichen zu sehen.

Der Vorfall ist nicht nur ein Betriebsunfall der betreffenden Partei: Er ist ein Symptom für Tendenzen in unserem öffentlichen Leben, die zu denken geben müssen. Wie kommt es, daß eine Partei, zu deren Hauptaufgaben es doch gehört, politische Nachwuchsförderung zu betreiben, auf solche Experimente ausweichen muß? Und wie kommt es, daß ein politischer Publizist mit klingendem Namen in offensichtlicher Verkennung der Lage sich auf ein solches Abenteuer einläßt, um darauf in völliger Verkennung der elementarsten Spielregeln der Politik handkehrum wieder «auszusteigen»? Das sind eben jene Fehlleistungen, die eben jene Verlüderung unseres öffentlichen Lebens zur Folge haben, die eben jene «unabhängigen» Publizisten, zu denen auch Dr. Bigler zählt, sonst nicht müde werden, mit dramatischer Gebärde zu geißeln. Leidtragende sind dabei letzten Endes nicht einzelne Parteien und Personen, sondern ein System der politischen Willensbildung, das auch sonst genug zu tun hätte, um sich auf den raschen Wandel der Verhältnisse rasch und erfolgreich genug umzustellen.

Besser als sein Ruf

Wahltag, heißt es, sei Zahhtag. So geht der Blick in diesen Tagen nicht nur in die Zukunft, sondern auch in die Vergangenheit. Am 6. Oktober schlossen die eidgenössischen Räte mit der letzten Woche der Herbstsession zugleich die Arbeiten einer Legislaturperiode ab, die Nationalratspräsident Schaller in seiner Abschiedsrede zu Recht als eine der bewegtesten und entscheidendsten in der Geschichte unseres Parlaments bezeichnete. Militär- und wirtschaftspolitische Probleme von großer Tragweite waren es vor allem, welche die teilweise geradezu dramatischen Hauptakzente setzten. Mit der Mirage-Affäre und den Diskussionen um die Konjunkturbeschlüsse sind die spektakulärsten «Brocken» bezeichnet, die weit über die ihnen zugrunde liegenden Sachbereiche ausstrahlten und zum Anstoß für eine Überprüfung nicht nur der parlamentarischen Arbeitsweise, sondern unserer staatlichen Institutionen überhaupt wurden.

In diesen Phasen größter Belastung hat unser Parlament bewiesen, daß es besser ist als sein Ruf. Es hat in außerordentlichen Situationen mit außerordentlichen Leistungen aufgewartet. Und wenn es nicht alle Bewährungsproben mit vollem Erfolg bestanden hat, so muß man ihm zugute halten, daß es im politischen Spiel nur einen Teil der Karten — und nicht nur die besten — in der Hand hat. Nicht nur das Parlament, sondern unser System der politischen Willens- und Entscheidungsbildung als Ganzes steht im Prüfstand. Auch das Volk darf sich dabei nicht ausklammern und sich in die bloße Rolle des kritischen Zuschauers zurückziehen. Es ist nicht nur der Form nach die oberste Gewalt. Ein Staatsdenker hat einmal gesagt, jedes Volk habe die Regierung, die es verdiene. Das mag überspitzt formuliert sein, entbehrt aber nicht eines wahren Kerns.

Lustlos

Die letzten Tage der Herbstsession standen im übrigen im Zeichen des Aufräumens. «Lustlos und keiner großen Sendung mehr bewußt» traten die Räte nach den Worten

des Zürcher Regierungsrats und Präsidenten der ständerätlichen Kommission, Rudolf Meier, an die Differenzenbereinigungen bei der Vorlage über den Abbau von Bundesbeiträgen heran. Es wurde nicht mehr um Einzelheiten gerungen — im Bewußtsein, daß die mit großem Schwung und hochgeschraubten Erwartungen eingeleitete Sparübung schließlich zu einem Gesamtergebnis geführt hat, das kaum jemanden voll befriedigen dürfte.

Wenig Kampfeslust war auch in einem ganz andern Bereich, beim Traktandum der Tabakbesteuerung, zu spüren, nachdem dieses Geschäft in der Sommersession im Nationalrat zu einer höchst bewegten Debatte mit vieldiskutiertem Ausgang geführt hatte. Das Problem war dadurch aufgeleuchtet, daß im Gefolge von EFTA-Vereinbarungen im Tabaksektor ein Zollausschlag und damit eine Finanzierungslücke bei der AHV entsteht, die durch eine im Inland erhobene Fabrikationssteuer geschlossen werden soll. Dieses Vorhaben war an sich unbestritten. Die parlamentarischen «Tabakgeneräle» hatten es aber verstanden, durch eine interessenpolitische Großaktion gleichzeitig die gesetzliche Verankerung eines unbefristeten Preisschutzes zu erreichen.

Daß der Ständerat den durch ein knappes Zufallsmehr zustande gekommenen Entschieden der Volkskammer umstoßen werde, war zu erwarten, und zwar nicht nur deshalb, weil in der Öffentlichkeit scharfe Reaktionen erfolgt waren, die in einer Referendumsdrohung gipfelten. Daß sich aber in der kleinen Kammer auch nicht eine einzige Stimme zugunsten des unbefristeten Preisschutzes erheben werde, war doch eine Überraschung. Der Nationalrat gab unter diesen Umständen ohne Diskussion klein bei.

Oberstbrigadier Masson

In Lausanne ist am 18. Oktober ein Mann gestorben, der in schwerer Zeit große Verdienste um unser Land erworben hat: Oberstbrigadier Masson. Er leitete von 1936 bis 1945 den militärischen Nachrichtendienst unserer Armee und baute dabei

eine Organisation auf, die — um es in den nüchternen Worten des Berichts des damaligen Generalstabschefs zu sagen — erstaunlich viel herausbrachte. Dabei spielte nicht nur die Nachrichtenbeschaffung, sondern vor allem auch die Spionageabwehr militärisch eine geradezu lebenswichtige Rolle für unser Land. Daß Oberstbrigadier Masson auch Entschiede traf, die umstritten waren und ihn bei Kriegsende ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geraten ließen, gehört zu den wohl unvermeidlichen Risiken eines solchen ebenso unpopulären und schwierigen wie unentbehrlichen Amtes.

Eine unverwechselbare Stimme ist verstummt

Der schweizerische Pressewald ist um eine unverwechselbare Stimme ärmer geworden.

Am zweiten Oktobersonntag ist Walter Schmid für immer verstummt, der im «Nebelspalter» seit Jahrzehnten die Rubrik «Am Hitsch si Mainig» betreut hatte. Er war Journalist im Nebenamt, aber er war es aus Berufung. Er war kein Star am Presse- und Kabarettthimmel, aber er hatte einen festen Leserkreis. Sein Publikum hielt ihm die Treue, weil er selbst treu war, treu sich selbst, treu seinen Grundsätzen, treu vor allem auch diesem Lande gegenüber, das er über alles liebte und dessen Zustände er gerade deshalb auch in der unscheinbaren Form des Selbstgesprächs eines Bündners mit einer Stichhaltigkeit kritisch zu durchleuchten vermochte, die stets wesentliches traf und dabei doch nie verletzte.

Spectator

WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND STAATSFINANZEN

XVI. Gießbach-Seminar des Redressement National

Die rapide wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat unserem Land nicht nur die Vorteile eines steigenden Wohlstandes, sondern auch eine Reihe drängender Probleme gebracht. Zuerst waren es die Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung und zur Beschränkung der Zahl der Fremdarbeiter, welche nicht nur die verantwortlichen Behörden vor heikle Aufgaben stellten, sondern auch die Wogen der politischen Diskussion ungewöhnlich hoch gehen ließen. Daß sich erst zuletzt auch bei unseren *öffentlichen Finanzen* Anzeichen einer Krise bemerkbar machen, ist kaum ein Zufall. Einerseits weisen die Fachleute darauf hin, daß die Kapazität der vom Staat bereitgestellten Dienste und Einrichtungen sehr elastisch ist, daß diese deshalb einer steigenden Benützung während einiger Zeit noch zu genügen vermögen, dann aber das Bedürfnis nach ihrem Ausbau um so heftiger spürbar wird. Als zweites kommt hinzu, daß die offizielle Konjunkturpolitik

nach Ende des Krieges allzu sehr auf die Möglichkeit einer neuen Depression ausgerichtet war und deshalb die Anhäufung eines Vorrates an öffentlichen Aufgaben bewußt in Kauf nahm. Diese Grundeinstellung wurde leider allzu lange beibehalten, was sich heute in einem um so stärkeren und kostspieligeren Nachholbedarf geltend macht.

Der Anteil der gesamten *öffentlichen Ausgaben* am Bruttosozialprodukt der Schweiz ist im Laufe der letzten zehn Jahre von rund 17 auf 21 Prozent gestiegen. Diese Zunahme vollzog sich allerdings beinahe unbemerkt, um so mehr als in der gleichen Zeit zumindest partiell sogar gewisse Steuerreduktionen vorgenommen wurden und die Schweiz auch heute noch unter allen westlichen Industrieländern den geringsten Anteil an staatlicher Tätigkeit aufweist. Das öffentliche Interesse an dieser Entwicklung wurde erst wach, als die *Kommission Jöhr* in ihrem Bericht ausführte, daß

der Anteil der öffentlichen Hand bis 1974 sogar auf beinahe 25 Prozent des Sozialproduktes ansteigen werde. Als Folge davon entstand etwa die politische Forderung, diesen Anteil auf dem heutigen Stand «einzufrieren», das heißt eine weitere Zunahme der öffentlichen Ausgaben nur noch im Ausmaß des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zuzulassen. Die Mehrheit der Teilnehmer des vom *Redressement National* durchgeführten *XVI. Gießbach-Seminars* dürfte jedoch zur Erkenntnis gelangt sein, daß dieses Postulat mehr politisch als rational begründet ist und deshalb nicht für jede Phase der zukünftigen Entwicklung starre Gültigkeit beanspruchen kann.

Das diesjährige Gießbach-Seminar, welches dem Thema «Wirtschaftswachstum und Staatsfinanzen» gewidmet war, bot wiederum rund 100 Studenten und jungen Hochschulabsolventen die Gelegenheit, in kleineren und größeren Gruppen mit Männern ins Gespräch zu kommen, welche in Wirtschaft und Politik an verantwortlicher Stelle stehen. Auch wenn diese Kontaktnahme zwischen Leuten, die heute die Verantwortung innehaben, und solchen, denen diese voraussichtlich in Zukunft zufallen wird, nach wie vor den Hauptwert dieses Seminars darstellt, so war es doch für das Thema der diesjährigen Tagung charakteristisch, daß sich die geistigen Fronten nicht wie meistens zwischen älterer und jüngerer Generation hinzogen, sondern vielmehr zwischen Theoretikern — unter Einschluß der anwesenden Professoren — und Praktikern der Wirtschaftspolitik.

Grundlage für die Gespräche bildeten zwei ausgezeichnete Referate von Stadtrat Dr. *Ernst Bieri*, Finanzvorstand der Stadt Zürich, und Dr. *Hans Letsch*, Chef der Finanzverwaltung des Kantons Aargau. Diese ergänzten sich vor allem deshalb sehr gut, weil dabei das Problem der öffentlichen Finanzen das eine Mal vom Standpunkt des erfahrenen Politikers, das andere Mal von einer wissenschaftlichen Warte aus dargestellt wurde. Stadtrat Bieri gelang es in seinem Referat, die etwas trockene Materie und vor allem die nicht sehr erfreulichen Perspektiven dieses Themas durch

eine Fülle humorvoller Formulierungen etwas aufzulockern. Er wies namentlich auf die Grenzen hin, welche der Finanzplanung einerseits durch unsere politischen Verhältnisse, andererseits aber auch durch die Unsicherheit der eigenen Prognosen gesetzt sind. Mit überzeugenden Argumenten vertrat er sodann die Ansicht, daß heute die Möglichkeiten zu Einsparungen weniger bei dem angeblich unproduktiven Apparat der Verwaltung, sondern vielmehr in einer sorgfältigen Planung und genauen Kontrolle der *Großinvestitionen* zu suchen sind. Verhängnisvoll wirkt sich hier nicht nur der bekannte schweizerische Perfektionismus aus, sondern auch die immer deutlicher in Erscheinung tretende Tatsache, daß dem *Wachstum der Ansprüche* gegenüber dem Staat anscheinend überhaupt keine Grenzen gezogen sind.

Stadtrat Bieri schlug vor, zur Deckung der Ausgaben für die staatlichen Leistungen deren eigentliche *Nutznieser oder Verursacher* heranzuziehen, wo immer sich diese ermitteln lassen. Dieses Postulat wurde später in den Diskussionen besonders lebhaft unterstützt; insbesondere wurde die Anwendung dieses Prinzips für den *Gewässerschutz* gefordert. Nationalrat Dr. *Robert Eibel* ergänzte diese Angaben mit der Feststellung, daß die PTT-Tarife die Kosten der jeweiligen Leistungen in einzelnen Fällen nur zu rund 40 Prozent, in anderen dagegen zum Ausgleich zu weit über 100 Prozent decken, was auch von Dr. *Charles Ducommun*, dem Generaldirektor der PTT, in erfreulicher Freimütigkeit bestätigt wurde. Eine derartige Tarifpolitik führt zu unwirtschaftlichen Verzerrungen und verhindert eine optimale Arbeitsteilung sowohl im Rahmen der Post wie auch zwischen dieser und privatwirtschaftlichen Betrieben.

Dr. Hans Letsch vertrat in seinem gut fundierten Referat den Standpunkt, daß man von einer längerfristigen Finanzplanung zwar keine Wunder erwarten dürfe, daß diese aber als Hilfsmittel doch sehr nützliche Dienste zu leisten vermöge. Eine vermehrte Heranziehung der eigentlichen Verursacher der staatlichen Leistun-

gen, wie sie schon Stadtrat Bieri vorgeschlagen hatte, sei nicht nur vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus wünschenswert; Dr. Letsch sieht darin vielmehr auch ein geeignetes Mittel, um im Bereich der staatlichen Leistungen Angebot und Nachfrage besser aufeinander abzustimmen und zudem die nachteiligen Auswirkungen einer allzu starken Belastung durch direkte und indirekte Steuern zu vermeiden. Im Gegensatz zu den skeptischen Äußerungen des ersten Referenten stellte er klar, daß die Qualität der Finanzplanung nicht daran gemessen werden dürfe, ob die von ihr erarbeiteten Zukunftsperspektiven durch die Entwicklung bestätigt werden oder nicht. Die Aufgabe der Finanzplanung besteht neben der Zusammenfassung aller Daten und der Sichtbarmachung der Konsequenzen gerade darin, den verantwortlichen Behörden eine Grundlage zu rechtzeitigem Handeln zu geben, um ungünstige Entwicklungen wie etwa allzu große Defizite verhindern zu können.

In einem weiteren Referat betonte Generaldirektor *Alexandre Hay* von der Schweizerischen Nationalbank besonders den Unterschied zwischen Finanzplanung und *planification* in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht. Die Wirksamkeit der Finanzplanung ist dadurch beschränkt, daß die planerischen Resultate nur den öffentlichen Sektor beeinflussen können, während sie die Entwicklungsperspektiven der privaten Wirtschaft im wesentlichen als Daten betrachtet. Generaldirektor Hay legte insbesondere die Gründe dafür dar, weshalb in gesamtwirtschaftlicher Sicht kaum mit einer Fortdauer der Entwicklung der letzten Jahre gerechnet werden kann; so wird nach den heutigen Annahmen die Wohnbevölkerung der Schweiz in der nächsten Zukunft noch um rund 0,6 Prozent pro Jahr anwachsen, während diese Zunahme seit 1950 unter dem Einfluß der massiven Zuwanderung im Durchschnitt nahezu 2 Prozent ausmachte.

Wie üblich wurden die in den Referaten behandelten Probleme in mehreren Diskussionsgruppen weiter besprochen. Eine erste solche Gruppe befaßte sich mit

der Frage, ob und wie eine *Prioritätsordnung* in den öffentlichen Ausgaben aufgestellt werden könne. Sie kam aber schon nach kurzem Gespräch zum Schluß, daß sich eine solche Prioritätsordnung in allgemeingültiger und zuverlässiger Weise nicht aufstellen lasse, weil es keine vernünftigen Maßstäbe gibt, um Nutzen und Dringlichkeit der sehr verschiedenen Zwecken dienenden Staatsausgaben sinnvoll miteinander zu vergleichen. An der Notwendigkeit, jede einzelne Ausgabe sorgfältig auf ihre Zweckmäßigkeit zu überprüfen, ändert somit die Finanzplanung nichts. Mit besonderem Nachdruck wurde in dieser Diskussionsgruppe auch die Meinung vertreten, daß unsere Probleme mit einem großzügigen Einsatz von Geld noch nicht gelöst seien. Nur dort, wo auch die *organisatorischen Voraussetzungen* zur Lösung einer Aufgabe geschaffen sind, kann das Geld sinnvoll und zielgerecht eingesetzt werden. Eine besondere Bedeutung kommt in der Entwicklung unserer öffentlichen Finanzen der Frage der *Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden* zu. Während heute die Tendenz vorzuherrschen scheint, diese Zusammenarbeit auf die Ausrichtung von *Bundessubventionen* für alle möglichen Zwecke zu beschränken und damit eine Verwischung von Verantwortung und Kompetenzen in Kauf zu nehmen, kam eine weitere Diskussionsgruppe zum Ergebnis, daß unserem föderalistischen Staatswesen mit einer *klaren Aufgabenteilung* besser gedient sei. Dabei soll jede Aufgabe jener Ebene übertragen werden, welche zu ihrer zweckmäßigen Erledigung geeignet und befähigt ist, wobei — nach einer Formulierung von Dr. Hans Letsch — «die Verantwortung für den zweckmäßigen Vollzug und die Pflicht zur Finanzierung so aufeinander abzustimmen sind, daß jener, der befiehlt, auch zahlt». Um die geforderte Neuüberprüfung der Aufgabenverteilung auch an konkreten Problemen vorzunehmen, reichte zwar die Zeit nicht mehr aus, doch wurde während dieses Seminars immer wieder der bekannte Fall des Nationalstraßenbaus zitiert als ein Beispiel dafür, wie diese Zusammen-

arbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden *nicht* verstanden werden soll.

Die Diskussion beschränkte sich aber nicht darauf, eine Überprüfung der Aufgabenverteilung in föderalistischer Hinsicht zu verlangen, vielmehr wurde auch ein grundsätzliches Neuüberdenken der Aufgabenverteilung zwischen *Staat und Privatwirtschaft* gefordert. Dieses Postulat ist vor allem deshalb beachtenswert, weil es nicht nur von allen Referenten dieses Seminars unterstützt wurde, sondern weil selbst der anwesende PTT-Generaldirektor die Ansicht bekräftigte, daß einige der heute vom Staat übernommenen Leistungen mindestens ebenso gut nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen bereitgestellt werden könnten.

Im Rahmen der geltenden Kompetenzordnung scheint eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden vor allem bei der Planung und Ausführung von *Großprojekten* wünschenswert. Während heute neben dem Bund erst wenige Kantone und Gemeinden mit längerfristigen Finanzplänen zu arbeiten begonnen haben, scheint es notwendig, daß nicht nur alle Kantone, sondern auch jede der über 3000 Gemeinden unseres Landes solche Pläne erstellen. Besonders dringend ist dabei eine *Vereinheitlichung der Rechnungsgrundlagen*, um überhaupt zu sinnvollen Resultaten zu gelangen und eine Zusammenarbeit der verschiedenen Körperschaften zu ermöglichen. Als erfreuliche Bestrebungen sind hier die Ansätze zur *horizontalen Zusammenarbeit* zwischen den Kantonen zu verzeichnen, die allerdings nach Ansicht einiger Votanten noch beträchtlich ausgebaut und auch in irgendeiner Weise institutionalisiert werden sollte. Wiederholt wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß mit der kürzlich von der Neuen Helvetischen Gesellschaft gegründeten Stiftung diese Zusammenarbeit auf eine solide Grundlage gestellt werden könne.

Über diese mehr verwaltungstechnischen Probleme hinaus wurde aber mehrheitlich auch eine schrittweise *Harmonisierung unserer Steuersysteme* gefordert,

die heute von Kanton zu Kanton sehr große Verschiedenheiten aufweisen. Generaldirektor Hay wies hier auf das Beispiel der EWG hin, wo eine solche Harmonisierung selbst zwischen souveränen Staaten anscheinend mit Erfolg angestrebt wird. Welche Schwierigkeiten dabei jedoch für unser Land noch zu überwinden sein werden, ging aus einem Votum von Regierungsrat Dr. *Werner Bühlmann*, Luzern, hervor, der in einer solchen Harmonisierung nichts weniger als das Ende unseres Föderalismus zu sehen glaubt. Um so mehr aber setzte sich der Finanzdirektor des Kantons Luzern für eine Verstärkung des *Finanzausgleichs* zugunsten der schwächeren Kantone ein, den er als eine «Geste der eidgenössischen Vernunft» bezeichnete.

Kein Referat ließ allerdings Illusionen darüber aufkommen, daß bei allen Sparanstrengungen gewisse *Steuererhöhungen* in Zukunft nicht zu umgehen sein werden. Für eine solche Erhöhung kommen nach übereinstimmender Ansicht, der auch Dr. *Markus Redli*, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, beipflichtete, am ehesten die *Umsatzsteuern* in Frage. Einerseits liegt es aus Gründen der Steuergerechtigkeit nahe, den durch EFTA und Kennedy-Runde bedingten Zollausschlag durch eine Erhöhung der indirekten Steuern auszugleichen; andererseits zeigt der Vergleich mit anderen Ländern, besonders etwa den sozialdemokratischen skandinavischen Staaten, daß die Belastung durch die indirekten Steuern in der Schweiz noch außerordentlich gering ist.

Als Gegner jeder Steuererhöhung erwies sich jedoch Dr. *Otto Fischer*, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Seine populäre Forderung, wonach die «Politik der leeren Kassen» das beste Mittel darstelle, um den Staat zur Sparsamkeit zu zwingen, fand allerdings bei den übrigen Gesprächsteilnehmern kaum Unterstützung. Heftigem Widerspruch begegnete auch Prof. *Jacques Stohler*, Basel, mit dem von ihm selbst als «nonkonformistisch» bezeichneten Vorschlag, einen Teil der Bundesausgaben durch *Verschuldung im Ausland* zu finanzieren.

«Weg von den Schlagworten!» — mit dieser Formel faßte Dr. *Heinrich Spoerry* in seinem markanten Schlußwort ein wesentliches Ergebnis der Diskussionen des diesjährigen Gießbach-Seminars zusammen. Nicht nur der Begriff der Finanzplanung selbst hat da und dort zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Noch mehr Vorsicht ist geboten mit einigen *Modewörtern*, die in diesem Zusammenhang in Umlauf gekommen sind. Zu welchen Verwirrungen beispielsweise der immer häufiger verwendete Begriff der *Infrastruktur* Anlaß geben kann, zeigt sich an der Untersuchung eines schweizerischen Hochschul-institutes, in welcher unter dieser Bezeichnung nicht nur alle Ausgaben des Staates von der Sozialversicherung bis zur Landesverteidigung, sondern selbst gewisse Ausgaben der privaten Wirtschaft aufaddiert werden. Auch von einer *wachstumsorientierten Finanzpolitik* wird sicher heute noch allzu leichtfertig gesprochen, ohne daß über deren Inhalt, geschweige denn über das Verhältnis dieses Zwecks zu anderen, nicht-wirtschaftlichen Zielen unseres Staates, genügend Klarheit besteht.

Wenn vielleicht die Diskussionen zum Thema «Wirtschaftswachstum und Staatsfinanzen» etwas weniger lebhaft waren als an früheren Gießbach-Seminaren, so kann dies angesichts der Komplexität des Themas, das überdies in seinen wesentlichen Grundzügen bereits von Expertenkommissionen analysiert wurde, nicht überraschen. Auch wenn dieser Analyse nichts wesentlich Neues beigefügt werden konnte, mußte es doch auffallen, daß die Referenten in den *Maßnahmen*, die sie zur Bewältigung der Situation vorschlagen, weitgehend übereinstimmen, was angesichts der Verschiedenheit der Standorte doch recht bedeutsam scheint. Auch wenn der durch den Bericht der Kommission Jöhr in der Öffentlichkeit ausgelöste Schock allmählich abklingt, so darf man heute doch hoffen, daß auch in unserem Land eine auf längere Sicht angelegte Finanzpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden Einzug halten wird, ohne daß damit einer fragwürdigen Wachstums-Euphorie gehuldigt zu werden braucht.

Hanspeter Enderlin